

## **Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Plieningen**

---

<b>Datum</b>	7. Mai 2018
<b>Beginn</b>	19:00 Uhr
<b>Ende</b>	21:10 Uhr
<b>Ort</b>	Turn- und Versammlungshalle Plieningen, Paracelsusstraße 44, 70599 Stuttgart

---

**Vorsitz** Oberbürgermeister Kuhn

**Protokollführung** Mikaela Wessels, Stv. Bezirksvorsteherin  
Stephanie Reinhold, Stv. Bezirksvorsteherin

### **I. Begrüßung durch Frau Bezirksvorsteherin Lindel**

Die Bezirksvorsteherin begrüßt Herrn Oberbürgermeister Kuhn und die Einwohnerinnen und Einwohner aus den Stadtteilen Plieningen, Steckfeld, Chausseefeld, Hohenheim und Asemwald. Sie freut sich, dass mit Frau Fezer, Herrn Dr. Mayer, Herrn Wölfle, Herrn Pätzold, Herrn Thürnau und Herrn Dr. Schairer fast die gesamte Verwaltungsspitze für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehe. Sie begrüßt die anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Herr Dr. Vetter, Herrn Urbat, Frau Schiener, Herrn Conz und Frau Bodenhöfer-Frey verbunden mit dem Dank, dass bei den Haushaltsberatungen vor allem die Feierhalle Birkach, die Kita Körschstraße und die Weiterführung der Buslinie 65 zum Flughafen weiter vorangebracht wurden. Des Weiteren begrüßt sie aus dem Stadtbezirk Möhringen Bezirksvorsteherin Frau Weis und deren Stellvertreterin Frau Haymann.

Sie begrüßt weiter die Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte aus Plieningen, die sachkundigen Einwohner für Integration und Migration, den Landwirtschaftlichen Obmann, die Projektgruppe des Jugendrats, die Vertreterinnen und Vertreter der zahlreichen Einrichtungen, Institutionen und Vereinen und natürlich auch die Vertreter der Kirchengemeinden. Sie betont, dass der Stadtbezirk nicht so aktiv und attraktiv wäre, wenn nicht alle Akteure so gut miteinander arbeiten würden. Dies schließt auch die gute Zusammenarbeit mit dem Polizeiposten, mit der Roten-Kreuz-Bereitschaft Plieningen-Birkach, der DLRG und der Freiwilligen Feuerwehr mit ein.

Die Bezirksvorsteherin spricht auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirksamtes und der Fachämter, die an der Vorbereitung der Einwohnerversammlung beteiligt waren, ihren Dank aus.

Sie dankt auch der kommissarischen Schulleiterin und Hausherrin der Körschtalschule, Frau Lenuzza, und den Schülerinnen und Schülern für den Auf- und Abbau.

Anschließend erklärt sie, bezugnehmend auf die Einladung zur Einwohnerversammlung, dass nach Abschluss der Bauarbeiten für Stuttgart 21 ein Großteil der Fläche nicht wieder landwirtschaftlich genutzt werden könne.

Sie freue sich nun auf die Ansprache des Oberbürgermeisters und anschließend auf die Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohnern und wünscht allen einen schönen Abend.

Zum Abschluss überreicht sie Herrn Oberbürgermeister Kuhn, der Bürgermeisterin und allen Bürgermeistern die diesjährige Fair-Trade-Schokolade von Plieningen, die in diesem Jahr von Schülerinnen und Schülern des benachbarten Paracelsus-Gymnasium-Hohenheim gestaltet wurde.

## **II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn**

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt Frau Bezirksvorsteherin Lindel, die Stadt- und Bezirksbeiräte sowie die Einwohnerinnen und Einwohner zur Einwohnerversammlung.

Herr Oberbürgermeister Kuhn kündigt an, er wolle über Probleme im Stadtbezirk berichten, die den einen oder anderen bewegen und Thematiken zur Stadt Stuttgart allgemein ansprechen. Anschließend biete er eine Diskussionsrunde an.

Zunächst geht er auf die Entstehungsgeschichte Plieningens ein, das im Jahre 500 von den Pleonungen, einem alamanischen Sippenverband gegründet wurde. Wie schon bei seiner Entstehung, damals an der Kreuzung zweier Römerstraßen, liegt Plieningen heute immer noch an einer verkehrsgünstigen Stelle.

Schloss und Gärten entstanden unter Herzog Carl Eugen im 18. Jahrhundert. Nach seinem Tod kam es zum Leerstand, bis König Wilhelm I. im Jahr 1818 die berühmte Landwirtschaftliche Unterrichts-, Versuchs- und Musteranstalt gründete.

Oberbürgermeister Kuhn macht auf den unmittelbaren Zusammenhang mit der 200-Jahr-Feier des Wasens aufmerksam, die bald gefeiert werde. Durch den berühmten Vulkanausbruch, der auch in Süddeutschland und Europa eine Hungersnot verursachte, kam man darauf, die landwirtschaftliche Produktion zu optimieren, um damit eine wissenschaftliche „Waffe“ gegen den Hunger zu haben. Oberbürgermeister Kuhn betont den interessanten Ansatz, bereits im 19. Jahrhundert darauf gekommen zu sein, durch Nachdenken Probleme zu lösen. Dies sei in der heutigen, technisierten Welt nicht anders.

Auch der heutige Ministerpräsident Kretschmann, der in Hohenheim studierte, hat in Plieningen gewohnt. Damals stand er wohl noch dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands nahe. Seine Gesinnung habe sich bekanntlich gewandelt. Daraus könne man erkennen, dass aus jedem „etwas Rechtes“ werden kann.

Der Stadtbezirk sei einerseits dörflich geblieben, andererseits aber auch modern. Er habe etwas Nahes und zugleich auch Weites und zu ihm gehöre eine der bedeutendsten Hochschulen in Europa. Es gebe Gegenden in Deutschland und Europa, denen eine Universität Stuttgart nicht bekannt sei, hingegen die Universität Hohenheim schon. Sowohl auf dem landwirtschaftlichen Gebiet und in der Biowissenschaft als auch in der Ökonomie, in den Kommunikations- und Sozialwissenschaften sei die Universität bekannt.

Oberbürgermeister Kuhn verweist auf die Nähe zur Autobahn und zum Flughafen und stellt fest, dass Plieningen gleichwohl von Grün umgeben sei. Diese gute Mischung mache den Stadtbezirk Plieningen aus. Außerdem biete Plieningen eine gute Gastronomie, bei der fast immer die Möglichkeit bestehe, im Freien zu sitzen.

Bevor er weitermacht möchte er noch auf einige Zahlen hinweisen. Plieningen hat mittlerweile 13.452 Einwohner. Die Bevölkerung Plieningens ist im Durchschnitt mit 41,6 Jahren etwas jünger als die in ganz Stuttgart mit 41,9 Jahren.

Der Migrantinnen- und Migrantinnenanteil liegt im Stadtbezirk mit 35,7 % deutlich unter dem von Stuttgart, wo 44,1 % der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund hat.

Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass er nun auf die erkennbaren Vorteile und die Schwierigkeiten oder Nachteile des Stadtbezirkes eingehen möchte.

Bei den Vorteilen sei die Schullandschaft zu nennen mit der Körschtalschule und dem Paracelsus-Gymnasium, die beide gute und gefragte, attraktive Schulen seien.

Die Infrastruktur in Plieningen sei nicht die schlechteste. Dem einen oder anderen fehle vielleicht ein Geschäft. In manchen anderen Außenbezirken gebe es großen Leerstand. In Plieningen tue sich - seines Kenntnisstandes nach - doch immer noch etwas anderes auf. Die Infrastruktur in den Außenbezirken, die sich die Bevölkerung wünscht, könne nur aufrechterhalten werden, wenn alle lokal einkaufen würden. Mit dem großen Auto zum Supermarkt zu fahren und lediglich das vergessene Glas Senf vor Ort zu kaufen sei nicht förderlich. Oberbürgermeister Kuhn sieht es als eine Einwohnerpflicht an, dort einzukaufen, wo es noch Infrastruktur gebe, um diese auch zu halten.

Oberbürgermeister Kuhn ist der Ansicht, Plieningen habe eine gelungene Ortskernsanierung mit dem Einbahnstraßenring, der Sanierung des Alten Rathauses und der Zehntscheuer. Es sei immer auch Ansichtssache und manchmal frage man sich auch, ob dies so hat sein müssen, meist bei Sanierungen aus den 70er Jahren.

Die Universität sei ein Paradestück, nicht nur für Plieningen, sondern für die Stadt Stuttgart als Ganzes. Sie schafft Ansehen und zieht viele Menschen und damit auch Kaufkraft an. Oberbürgermeister Kuhn weiß um das Problem des „Parkdrucks“, weil viele Studenten mit dem Auto kämen. Jedoch gebe es keinen Stadtbezirk, in dem dies kein Problem darstelle. Darüber werde zu reden sein.

Für sehr gut gelungen hält Oberbürgermeister Kuhn die Flüchtlingsunterbringung mit „Im Wolfer“ und der „Leypoldstraße“. In Plieningen ist es der Stadt Stuttgart sehr gut gelungen, rechtzeitig die Freundeskreise, die sich aus der Zivilgesellschaft und dem

Ehrenamt gebildet haben, einzubinden. Sie haben für Kurse und Integrationsmöglichkeiten gesorgt.

In ganz Stuttgart kamen zu den Spitzenzeiten 8500 Flüchtlinge auf 3500 Ehrenamtliche, die sich um die Flüchtlinge gekümmert haben. Dies mache ca. einen Ehrenamtlichen für nicht ganz drei Flüchtlinge aus. Dies sei eine gigantische Zahl, auf die er sehr stolz sei. Im Städtetag in Berlin können das die anderen Bürgermeister kaum glauben, weil das Verhältnis 1:3 ein ganz besonderes sei. Der Oberbürgermeister bedankt sich ausdrücklich bei allen, die geholfen haben und diese gute Art der Unterbringung ermöglicht haben!

Oberbürgermeister Kuhn ist sich darüber im Klaren, dass die Aufnahme von Flüchtlingen für die Gesellschaft auch immer eine Art von Stress bedeute, da sie aus einem anderen Kulturkreis stammen und manches nicht immer gleich funktioniere. Die dezentrale Unterbringung, die der „Stuttgarter Weg“ genannt wird, gehe schon auf Oberbürgermeister Rommel zurück und wurde von Oberbürgermeister Schuster weitergeführt. Der „Stuttgarter Weg“ stehe für eine weltoffene, internationale Haltung der Stadt Stuttgart, die darauf achte, Flüchtlinge gut unterzubringen. Manches Integrationsproblem läge allerdings auch noch vor uns, wie die Integration der Geflüchteten in Arbeit, die gerne schneller gehen dürfe. Oberbürgermeister Kuhn nennt das Beispiel Gastarbeiter in den 50er und 60er Jahren. Sie wurden problemlos über die Arbeit integriert. Allein durch Sprachkurse sei Integration nicht zu schaffen. Zum gesellschaftlichen Leben gehöre, dass man einer Arbeit nachgekommen könne. Oberbürgermeister Kuhn stört besonders, dass es Betriebe gebe, die gerne Flüchtlinge einstellen würden, aber aus Anerkennungsgründen nicht die Flüchtlinge bekommen, die sie einstellen könnten. Dies müsse sich ändern.

In Plieningen gebe es eine geringe Kriminalität. Darauf könne man stolz sein. In Stuttgart habe die Zahl der Straftaten insgesamt abgenommen. Die Zahl der Kriminalität ist in Plieningen mit 0,9% im Vergleich zu 2,1% in der Gesamtstadt besonders gering. Es gebe also keinen Hotspot an Kriminalität in Plieningen. Die Polizei habe die Einbruchsserien der letzten Jahre sehr gut aufklären können. Oberbürgermeister Kuhn appelliert an die Wachsamkeit der Nachbarschaft, welches die beste Prävention wäre. Er ist der Ansicht, lieber einmal zu viel die Polizei anzurufen als einmal zu wenig. Durch ein gemeinsames „Kümmern“ umeinander könnten wir uns bestens schützen.

Oberbürgermeister Kuhn hebt die gute Anbindung Plieningens dank des Busverkehrs und der Stadtbahnlinie U3 hervor. Ein guter Umstieg in Degerloch oder Möhringen mache es möglich, dass man relativ schnell in die Innenstadt gelange – trotz aller Bedenken, die der eine oder andere gegenüber dem ÖPNV im Stadtbezirk möglicherweise hege.

Oberbürgermeister Kuhn gesteht ein, dass es sowohl in Plieningen als auch in der gesamten Stadt zu wenig Kinderbetreuungsplätze gebe. Dies liege vor allem am Mangel an Erzieherinnen und Erziehern in Stuttgart und weniger daran, dass keine Kita-Plätze gebaut würden. Die Stadt Stuttgart zahle Erzieherinnen und Erziehern 100 Euro extra, aber dennoch reiche dieser Betrag nicht aus, um die Differenzen der Lebenshaltungskosten auszugleichen. Die Nachbarstädte stören sich übrigens sehr an diesem Vorgehen. Wenn die Stadt 200 oder 300 Euro mehr zahlen würde, würde dies die Stadt sehr belasten und zusätzlich mehr Streit in die Region bringen. Es stehe aber fest, dass die Erzieherinnen und Erzieher mit ihrem Gehalt kaum eine Woh-

nung finden würden. An dieser Stelle bestehen Schwächen, über die zu reden sein werde. Dieser Punkt sei nicht zufriedenstellend, weil der Anspruch auf einen Kita-Platz ja rechtmäßig bestehe.

Es gebe in Plieningen – wie in vielen anderen Stadtbezirken auch – Staus und Probleme mit dem Verkehr. Oberbürgermeister Kuhn ist der Meinung, es gebe zu viele Autos in der Stadt, die verantwortlich seien für den Park- bzw. Parksuchverkehr. Es gebe keine Einwohnerversammlung, in der sich diese Frage nicht kritisch stelle.

Eine Alternative wäre, den ÖPNV weiter auszubauen. Es gebe die Vorstellungen, ob eine Buslinie nicht umsteigefrei eingerichtet werden könne. Dies sei für die SSB schwierig, da sie nach rentablen Linien suchen müsse und die bestehenden Anbindungen über Degerloch und Möhringen seien nicht so schlecht. Dennoch gibt es Überlegungen, eine Stadtbahn einzurichten, die von Plieningen aus direkt in die Innenstadt fährt. Dies wäre eine Linie, welche über die Sigmaringer Straße in einer Kurve über den Riedsee fährt und wie die U5 heute in Richtung Killesberg fahren würde. Dies seien allerdings noch Planungen, was bedeute, dass immer noch daran gearbeitet werde und dies evtl. im Jahr 2025 realisierbar wäre. Dies läge – von heute aus betrachtet – zwar immer noch in der Zukunft, ist aber auf jeden Fall eine konkrete Planung, die sogar morgen im UTA vorgestellt werde. Die Einrichtung einer zusätzlichen Linie würde auch für die überfüllten Linien zu Hauptverkehrszeiten Entlastung bringen, was ein erheblicher Vorteil wäre.

Bevor Oberbürgermeister Kuhn zum Schluss kommt, möchte er noch auf zwei gravierende Probleme eingehen, die die Stadt Stuttgart habe. Zum einen ist dies der Verkehr samt Luftreinhaltung sowie die Anzahl der stehenden Fahrzeuge. Es gibt 45 Millionen Autos in Deutschland, von denen 90 % 23 Stunden pro Tag stillstehen. Dies sei nicht effizient. Viel zukunftsfähiger sei Carsharing oder auch Carriding – also die gemeinsame Nutzung von Autos – anstatt einen einzelnen Menschen zu transportieren. Da müsse etwas geschehen in Stuttgart mit Hilfe der technischen Intelligenz, über die wir verfügen.

Zum anderen sei das zweite Problem, dass Stuttgart zu wenig bezahlbaren Wohnraum habe. Dies betreffe sowohl Sozialwohnungen als auch bezahlbare Mietwohnungen für Menschen im unteren oder mittleren Einkommenssegment. Oberbürgermeister Kuhn kenne viele Kollegen bei der Stadt, die in unteren Lohngruppen eingestuft seien. Diese erklären, sie könnten in Stuttgart nicht wohnen, obwohl sie es gerne würden. Sie ziehen dann in die Region und kommen dann als „Verkehr auf der Straße oder in der S-Bahn“ wieder zurück. Hier bestehe also ein Zusammenhang.

Die Stadt sei wieder in den sozialen Wohnungsbau und in den Bau preiswerterer Wohnungen eingestiegen. Er begrüße das „Bündnis für Wohnen“. Trotzdem seien Einige der Meinung, man müsse mehr bauen. Oberbürgermeister Kuhn sehe dies sehr skeptisch und stelle dies auch gerne zur Diskussion. Denn Städte wie z. B. München, die im großen Stil „auf dem Acker“ Wohnsiedlungen für 10.000 Menschen gebaut haben, haben dadurch keinen günstigen Wohnraum geschaffen. Man könne meinen, wenn viel gebaut werde, sinken die Preise. Aber dies gelte seiner Meinung nach nicht für Schwarmstädte, die so attraktiv seien, dass die Menschen dorthin ziehen wollen. Stuttgart gehöre glücklicherweise auch dazu. Der Stadtrat stehe nun vor der Frage, ob man „auf dem Acker“ bauen solle. Es gab eine Studie, die besagte, man müsse jedes Jahr 5.000 Wohnungen bauen. „Wir bauen übrigens gerade 1.800 Wohnungen. Dies geben unsere Freiflächen wie der Neckarpark her“. Dies könne

man noch 10 Jahre machen. Aber man frage sich, wo 5.000 Wohnungen entstehen sollen. Auf dem Birkacher Feld z. B. könnten einmalig 4.000 Wohnungen entstehen. Dies gebe die Maximalbebauung her, die bereits schon vor 20 Jahren diskutiert wurde. Dann wären aber die Landschaftsschönheiten und der Kulturräum von Birkach und Plieningen zerstört. Wenn dies im großen Stil durchgeführt würde, hätte das natürlich auch in den anderen Stadtbezirken die gleichen Auswirkungen. Daher ist Oberbürgermeister Kuhn der Auffassung, man müsse schon eine Nachverdichtung auf einer Brache bauen, aber nicht im großen Stil Äcker, Wälder und Weinberge gefährden. Stuttgart besitze eine Einzigartigkeit, indem 50 % besiedelt wären und 50 % eben nicht. Dies könnten andere Städte nicht vorweisen. Diese nicht besiedelten 50 % bestehen aus Feldern, Wäldern, Weinbau und Parks. Dies sei eine schützenswerte Attraktion der Stadt. Übrigens sei es auch ein kultureller Wert, dass man noch Bauern habe und die Kinder nicht in den Zoo müssten, um eine Kuh oder ein Huhn zu sehen. Daran kann man sich gerade in Hohenheim vermutlich noch unschwer erinnern.

Abschließend bemerkt Oberbürgermeister Kuhn, dass es nicht schlecht um Plieningen stehe. Die Online-Anfragen zeigen, es gebe hier und dort Dinge, die die Einwohnerinnen und Einwohner bewegen. Dazu seien die Bürgermeisterin und die Bürgermeister sowie der Oberbürgermeister da, um sie zu beantworten und bestenfalls Abhilfe zu schaffen. Aber im Großen und Ganzen können sie zurecht zufriedene und stolze Plieningeringinnen und Plieningeringer sein.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: „Flughafenparker“</u></p> <p>Ein Einwohner berichtet, in seinem Wohngebiet würden regelmäßig Fahrzeuge von Personen abgestellt, die mit der Buslinie 122 zum Flughafen fahren. Die Fahrzeuge würden häufig 2 Wochen oder länger in der Straße stehen, sogenannte „Mallorca-Parker“. Zum Teil würden die Fahrzeuge auch verkehrswidrig abgestellt, z.B. im Kreuzungsbereich oder auf dem Gehweg.</p> <p>Er bittet darum zu prüfen, ob die Einführung eines Parkraummanagements bzw. Anwohnerparken möglich sei.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass in der Tat zu prüfen sei, ob ein Parkraummanagement für Plieningen sinnvoll sei. Insbesondere auch deshalb, weil die Universität dieses für ihre Flächen erst vor kurzem beschlossen habe. Allerdings sehe der Gemeinderat eine Ausdehnung auf die Außenstadtbezirke kritisch.</p> <p>Momentan habe die Stadt keine Handhabe gegen auswärtige Dauerparker. Der öffentliche Raum stehe allen gleichermaßen zur Verfügung.</p> <p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> antwortet, er habe sich das Thema notiert und werde künftig häufiger Polizeistreifen in diesem Gebiet veranlassen.</p>	X	<p>BM Dr. Schairer</p> <p>- Kontrollen</p>
2	<p><u>Thema: Sperrung Scharnhäuser Straße</u></p> <p>Ein Einwohner spricht sich aus verschiedenen Gründen gegen eine mögliche Sperrung der Scharnhäuser Straße aus. Die Verbindung über die Scharnhäuser Straße sei der kürzeste Weg zum Krankenhaus in Ruit und zum Einkaufen in Scharnhäuser. Eine Sper-</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> antwortet, dass die Sperrung der Scharnhäuser Straße nicht im Zusammenhang mit S21 stehe, sondern dass diese Pläne aus dem Verkehrsstrukturplan kommen. Dieser werde zu gegebener Zeit vom Gemeinderat fortgeschrieben. Eine Sperrung der Straße müsse sowohl im</p>	X	

	<p>rung der Straße würde nicht weniger Verkehr verursachen, sondern wegen langer Umwege das Gegenteil bewirken und der Verkehr würde nur verlagert.</p> <p>Er schlägt vor, nach Fertigstellung der Südumfahrung die Scharnhäuser Straße für den Lkw-Verkehr zu sperren und ein Tempolimit auf 30 km/h einzuführen, um die Durchfahrt weniger attraktiv zu machen.</p> <p>Er möchte wissen, wie die Plieninger Bürgerinnen und Bürger über eine bevorstehende Sperrung der Scharnhäuser Straße informiert werden, um rechtzeitig Einspruch erheben zu können bzw. Unterschriften zu sammeln.</p>	<p>Bezirksbeirat als auch im Ausschuss für Umwelt und Technik behandelt werden. Da die Sitzungen öffentlich seien und die Tagesordnung veröffentlicht werde, haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit sich rechtzeitig zu informieren. Außerdem werde sicherlich auch die Presse das Thema aufgreifen und berichten.</p> <p>Er rechne aber weniger damit, dass über die Sperrung diskutiert werden muss, sondern über „wie geht man in der Zukunft mit der Straße um“. Seit der Aufstellung des letzten Verkehrsstrukturplans habe sich in Plieningen einiges geändert.</p> <p><u>Bürgermeister Thürnau</u> ergänzt, dass sollte es je zu einem Einzugsverfahren der Straße kommen, würde das öffentlich bekannt gemacht. Das sei ein formales Verfahren, bei dem es auch die Möglichkeit bestehe, Widerspruch einzulegen.</p>		
3	<p><u>Thema: Parksituation im Zum Langwieser See</u></p> <p>Ein Einwohner berichtet, jede Nacht werden 10 – 14 Fahrzeuge verkehrswidrig geparkt. Er befürchtet, dass im Falle eines Notfalls die Feuerwehr nicht mit ihren Einsatzfahrzeugen durchkommen würde.</p> <p>In der Straße würde zwar viel gespielt, es sei aber</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> erklärt, Rettungswege müssen freigehalten werden. Wenn die Situation so ist wie beschrieben, müsse man durchgreifen. Er nimmt das Thema mit.</p>		<p>BM Dr. Schairer</p> <p>- Kontrollen</p>



	<p>noch keine ausgewiesene Spielstraße. Von der Stadt habe er die Auskunft erhalten, es könne erst eine Spielstraße eingerichtet werden, wenn alle Bauplätze bebaut wären.</p> <p>Abgesehen davon werde durch das wilde Parken auch die Ausfahrt aus der eigenen Garage sehr erschwert.</p>			
4	<p><b>Thema: Parksituation Fraubronnstraße</b></p> <p>Eine Einwohnerin berichtet, dass das Studierendenwohnheim Campo IV Platz für 60 Bewohner biete, aber nur über 20 Stellplätze verfüge. Die geringe Anzahl der Stellplätze wäre mit der nahegelegenen Bushaltestelle gerechtfertigt worden. Die meisten Studierenden kämen aber von außerhalb und reisten mit dem Auto an. Dabei würden die Fahrzeuge kreuz und quer abgestellt werden.</p> <p>Nun werde noch ein weiteres Gebäude mit Studentenwohnungen und Boardinghaus gebaut mit insgesamt 40 Wohneinheiten und 11 Tiefgaragenstellplätzen.</p> <p>Laut Auskunft des Baurechtsamts bräuchte es nicht mehr Stellplätze, weil die Bushaltestelle in der Nähe sei.</p> <p>Ihre Befürchtung ist, dass sich durch den Neubau die Parkplatzsituation weiter verschlechtert könnte.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt, dass man nur die von der Landesbauordnung vorgeschriebenen Stellplätze einfordern könne, die sogenannte Mindestanzahl. Die Berechnung sei ebenfalls in der Landesbauordnung geregelt.</p> <p>Er erklärt weiter, dass die Stadt Stuttgart mit der Uni Hohenheim über ein Mobilitätskonzept im Gespräch sei. Dabei werde auch das Studierendenwerk Tübingen-Hohenheim miteingebunden. Schwieriger sei die Einbindung von privaten Anbietern von Wohnraum.</p> <p>In diesem Zusammenhang sei auch das Thema Parkraumbewirtschaftung zu betrachten. Dazu müssten im nächsten Haushalt auch Mittel für Voruntersuchungen eingestellt werden.</p> <p>Das Problem könne aber nicht allein mit dem Baurecht gelöst werden.</p>	X	

	Sie bittet darum, bei neu geplanten Bauprojekten darauf zu achten, dass auch eine ausreichende Anzahl von Parkplätzen geschaffen werden.			
5	<p><b>Thema: <u>Neubau Turn- und Versammlungshalle</u></b></p> <p>Ein Einwohner weist darauf hin, dass sowohl die Körschtalschule aus auch das PGH veraltete Sporthallen hätten, die dringend durch eine Mehrzweckhalle ersetzt werden müssten.</p> <p>Der Wunsch nach einer Mehrzweckhalle wäre bereits zwei Mal im Bürgerhaushalt stark vertreten gewesen und sei weit nach vorne gewählt. Beim ersten Mal habe der Gemeinderat den Wunsch als „nicht notwendig“ eingestuft, beim zweiten Mal als „dringend notwendig“. Passiert sei bis heute trotzdem nichts.</p> <p>Er möchte gerne wissen, wie oft der Wunsch noch in den Bürgerhaushalt eingebracht werden müsse bis eine Umsetzung erfolgt.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> möchte das Thema nochmal in der Bürgermeisterrunde erörtern. Er hält fest, dass der Wunsch nach einer neuen Mehrzweckhalle immer auf einen guten Listenplatz gewählt worden sei, aber bislang noch nicht umgesetzt wurde.</p>		OB Kuhn mit BM-Runde
6	<p><b>Thema: <u>Verlängerung Buslinie 65</u></b></p> <p>Ein Einwohner weist ebenfalls auf die Notwendigkeit einer neuen Mehrzweckhalle für Plieningen hin und unterstütze seinen Vorredner.</p> <p>Sein eigentliches Anliegen sei aber ein anderes: Er</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass der Flughafen nach Fertigstellung von S21 eine zentrale Drehscheibe werde. Und er werde durch den öffentlichen Verkehr noch besser erschlossen. Zum Beispiel werde die U6, die zum Flughafen führe, eine bedeutende Stadtbahnlinie.</p>	X	

	<p>möchte sich bedanken, dass die Verlängerung der Buslinie 65 bis zum Flughafen kommen werde. Er bedankt sich bei den Bezirksbeiräten von Plieningen-Birkach und von den anderen Stadtbezirken, die in dieser Angelegenheit gut zusammengearbeitet hätten.</p> <p>Er begrüßt auch die Pläne einer direkten Stadtbahnverbindung in die Innenstadt. Aus seiner Sicht profitieren auch die Menschen in Möhringen-Ost von der neu geplanten „Möhringer-Kurve“.</p>	<p>Bei den Buslinien müsse die SSB immer sicherstellen, dass eine ausreichende Anzahl von Fahrgästen die Linie auch nutzen. Wichtig sei dabei auch genügend Busspuren, damit der Bus nicht ständig im Stau stehe.</p>		
7	<p><b>Thema: <u>Neubau Turn- und Versammlungshalle</u></b></p> <p>Ein Einwohner bedankt sich bei Bürgermeister Dr. Schairer für die Unterstützung des Sportamts Stuttgart bei der Hallensanierung und das Kunstrasenfeld auf dem Sportgelände.</p> <p>Im Anschluss daran spricht er noch zwei kritische Themen an. Probleme mit dem Parken gebe es inzwischen überall in Plieningen.</p> <p>Und die Mehrzweckhalle würde jetzt gebraucht, nicht erst in acht Jahren. Es seien 4.000 – 5.000 junge Menschen Plieningen und Birkach im Sportverein, im Bürgerverein, bei der Feuerwehr u.a. aktiv, die Halle werde deshalb dringend gebraucht.</p> <p>Er bittet darum zu prüfen, ob beim Hallenbad Plieningen hinter der ehemaligen Liegewiese ein Baufenster</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> stellt fest, dass diese Wortmeldung besonders viel Zuspruch aus dem Publikum erfahren habe.</p> <p>Er nimmt das Anliegen gerne mit.</p>	X	

	bzw. Bebauungsplan sei, um dort eine Mehrzweckhalle zu errichten. Er wünsche sich, dass die Stadtverwaltung in der Angelegenheit schneller agiere.			
8	<p><u>Thema: Parksituation Fraubronnstraße</u></p> <p>Er bestätigt, dass sich die Situation mit den fehlenden Parkplätzen in der Fraubronnstraße durch den Bau eines weiteren Studierendenwohnheims zwischen der Fraubronnstraße und dem Köpfert weiter verschärfen werde. Außerdem werde durch das neue Gebäude das Wohngebiet „zusammengequetscht“, d.h. man schaue nur noch auf Wände und Balkons.</p> <p>Er lädt herzlich zu einem Ortstermin im Köpfert ein, um sich die Gegebenheiten vor Ort anzuschauen.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> zeigt Verständnis für das vorgetragene Problem und erklärt, die LBO schreibt vor, wie viele Stellplätze beim Bau des Studierendenwohnheims entstehen müssen.</p> <p>Letztlich seien mehr Wohnplätze verkehrsvermeidend, weil weniger Studierende täglich nach Hohenheim mit dem Auto pendeln müssen. Den Bau von großflächigen Parkplätzen z.B. auf der grünen Wiese lehne er ab.</p> <p>Das Thema sei eher eine Frage der Verkehrspolitik. Er sei gerne bereit an der Universität darüber zu diskutieren.</p> <p>Fehlende Parkplätze seien übrigens ein stadtweites Problem. In der Stadt Stuttgart kämen auf 1.000 Einwohner 550 Autos. Da Kinder keine Autos hätten, müssten viele Einwohner mehr als ein Auto haben. Wenn es 20% weniger Autos in Stuttgart gäbe, hätten die Stadt Stuttgart diese Probleme nicht.</p> <p>Ein Ortstermin könne vielleicht eine Verbesserung der Situation in einer Straße bringen,</p>		BM Pätzold

		<p>aber das gesamte Problem sei nicht kommunal zu lösen.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt, dass in dem angesprochenen Bereich zulässig gebaut werde. Jeder Investor sei bemüht, das Baurecht auf seinem Grundstück auszuschöpfen.</p>		
9	<p><u>Thema: Mobilitätskonzept der Universität Hohenheim</u></p> <p>Ein Einwohner spricht in Vertretung für die Hohenheimer Studierenden. Er fragt nach der Behauptung von Herrn Bürgermeister Pätzold, die Stadt sei mit der Uni in Gesprächen. Er habe vom Rektor der Universität gehört, dass er lediglich aus der Presse vom Mobilitätskonzept erfahren habe.</p> <p>Des Weiteren möchte er sich beim Thema Mobilität an seine Vorredner anschließen. Sowohl Urlaubspendler als auch Studierende, die pendeln, seien ein Problem bezüglich des Themas Parken. Den Grund dafür sehe er darin, dass für Studierende nicht genügend und vor allem kein bezahlbarer und sozialer Wohnraum vorhanden sei.</p> <p>Er kommt nochmals auf die angeblich so gute Anbindung an die Innenstadt zu sprechen, auf die Oberbürgermeister Kuhn zuvor einging. Er erklärt, dass man schon 45 Minuten von der Universität bis zum Hauptbahnhof bräuchte. Im Zweifel sei man also</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> stellt fest, dass der Redner sich auf die Einführung der Parkraumbewirtschaftung an der Universität beziehe. Dies habe das Land beschlossen und danach erst der Universität mitgeteilt bzw. die Uni habe davon dann aus der Zeitung erfahren. Wovon er gesprochen habe war das Verkehrskonzept, dass im Rahmen des Masterplans von der Uni Hohenheim eingefordert wurde und dann zusammen mit ihr entwickelt wurde. Die Uni wollte einen Masterplan erstellen, um zu sehen, wie sie sich entwickeln könne. Die Forderung der Stadt war dann, von der Uni zu erfahren, wie nachhaltige Mobilität aussehen könne. Dabei müsse man sowohl die Studenten als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insoweit fördern, dass auch die Möglichkeit bestehe, nachhaltige Verkehrsmittel zu benutzen. Dabei wurde auch diskutiert, ob die U3 über den Campus geführt werden könne. Dies habe sich leider aufgrund der Forschungsinstitute und der empfindlichen Instrumente, die es dort gebe,</p>	x	

	<p>doch mit dem Auto schneller.</p> <p>Er kritisiert, dass der ÖPNV maßlos überlastet sei. Er bittet jeden, sich morgens um 8 Uhr zum Vorlesungsbeginn in eine Buslinie zu setzen. Teilweise würden die Busse an den Haltestellen vorbeifahren und die Türen erst gar nicht öffnen, weil sie maßlos überfüllt seien.</p> <p>Er ist der Auffassung, die Schaffung einer weiteren Buslinie, die über die Weinsteige fahren sollte, wäre rentabel. Allein aus dem Grund, weil die Studierenden aufgrund eines gegenläufigen Tagesrhythmus Bus fahren würden. Während die meisten Menschen morgens in die Stadt fahren, fahren die Studenten aus ihr heraus und dafür abends wieder hinein. Außerdem hätten viele internationale Studenten keine Möglichkeit Wohnraum zu finden und müssten auf die Innenstadt ausweichen.</p> <p>Weiterhin kritisiert er die Planungszeit von sieben Jahren für die Möhringer Kurve und bittet hier um ein schnelles Vorantreiben im Hinblick auf die Parkraumsituation und die jetzige Situation im öffentlichen Nahverkehr.</p>	<p>zerschlagen.</p> <p>Das Verkehrskonzept wurde mit der Stadtverwaltung diskutiert und solle auch weiter entwickelt werden. Dazu gehöre z. B., Fahrradausleihstation Stuttgart Regio-Rad JobTicket oder das betriebliche Mobilitätsmanagement.</p> <p>Im Juni werden sowohl die Landesgesellschaft als auch die Stadtverwaltung in der Bezirksbeiratssitzung vertreten sein, um zu erläutern, was Parkraummanagement bedeute und die Vor- und Nachteile des Konzepts.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> appelliert an die Studierenden, dass sie eine gewisse Verantwortung hätten für den Ort, an dem sie studieren. Seiner Meinung nach gehöre zur Mobilität sich zu überlegen, wie man den Verkehr minimieren könne. Dies fange mit Fahrgemeinschaften an, die den KfZ-Verkehr reduzieren. Wenn das Parkraummanagement eingeführt werden würde, wäre dies auch mit Kosten verbunden. Wer dort parke und kein Bewohner sei müsse zahlen. Dies führe dazu, dass ein gewisser Teil an Pendlern „draußen“ bleibe. Das Geld entscheide. So werde man gezwungen, evtl. doch auf den Bus oder das Fahrrad umzusteigen oder eine</p>		
--	--	--	--	--

		<p>Fahrgemeinschaft zu bilden, was möglicherweise günstiger wäre.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> ergänzt, dass das Parkraummanagement gegen die sogenannten „Mallorca-Parker“ eine positive Auswirkung habe.</p>		
10	<p><b><u>Thema: Bienenhaltung in Naturschutzgebieten</u></b></p> <p>Ein Einwohner bezieht sich auf das Thema Bienenhaltung in Naturschutzgebieten, das Herr <u>Oberbürgermeister Kuhn</u> zuvor schon erwähnt hatte. Er ist seit 60 Jahren Bienenzüchter und arbeitet an der Landesanstalt für Bienenkunde. Es sei relativ neu, dass keine Bienenvölker mehr am Rande des Körschtals aufgestellt werden dürften. Die Erlaubnis erteilten damals Landwirte. Die Landwirte wurden im April benachrichtigt, dass die Bienenvölker bis zum 07.Mai dieses Jahres weggewandert werden müssten. Man könne jedoch nicht von jetzt auf nachher Bienenvölker wegwandern.</p> <p>Dies zeige, dass die Stadtverwaltung leider über Bienenhaltung nicht informiert sei. Ein Teil der Bienen wurde bereits weggewandert, ein anderer Teil müsse als sogenannter Lumpensammler stehen gelassen werden, damit die restlichen Bienen wieder einfliegen könnten. Er schildert die Schwierigkeit, für Bienen neue Plätze zu finden.</p> <p>Die Landesanstalt sei unter anderem für die Ausbil-</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt zunächst, dass er es auch nicht wahrhaben wollte, dass ihm ausgerechnet am Tag der Einwohnerversammlung so ein „Ei ins Nest“ gelegt wurde.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> bestätigt die Aussage des Oberbürgermeisters und erklärt, auch verständnislos gewesen zu sein, wie man ausgerechnet in der Blühzeit auf die Idee gekommen sei, Bienenkästen versetzen zu wollen. Eine Verwaltung sei manchmal etwas schwergängig und denke nicht „nach draußen“, auch wenn dort Biologen arbeiten. Der Leiter der Landesanstalt für Bienenkunde kenne ebenfalls das Konkurrenzthema zwischen den Honig- und Wildbienen. Zusammen mit der oberen Naturschutzbehörde werde schon lange an dem Thema gearbeitet, wie man dort, wo die streng geschützten Wildbienen vorkommen, auch dafür sorgen könnte, dass sie geschützt werden. Das Regierungspräsidium hat angeordnet, dass Honigbienen nicht im Naturschutz-</p>		

	<p>dung von Jungimkern verantwortlich. Es werden jährlich über 500 neue Imker geschult. Er frage sich, wo denn noch Bienen gehalten werden könnten, wenn dies nicht mehr am Rande der Naturschutzgebiete möglich sei. Er macht darauf aufmerksam, ob aufgefallen sei, wenn man in den letzten 14 Tagen spazieren gegangen sei, dass trotz Blüte kaum Bienen unterwegs gewesen seien. Es werde behauptet, dass die Honigbienen in Nahrungskonkurrenz mit den Wildbienen leben. Er räumt ein, dass dies wohl sein mag, aber gibt zu bedenken, wer die großen Streuobstwiesen auf den Fildern denn bestäuben solle, wenn man bei bestem Wetter keine Bienen mehr sehe. Er ist der Ansicht, man solle das Denken überdenken. Er weist auf die Rede von <u>Oberbürgermeister Kuhn</u> hin, die technische Intelligenz zu nutzen. Er frage sich, ob nicht auch das Einsetzen einer menschlichen Intelligenz sinnvoll wäre.</p>	<p>gebiet stehen dürfen. Nun müsse man sowohl mit den Bienenkundlern der Uni Hohenheim als auch mit dem Regierungspräsidium in Diskussion gehen, wo man alternative Flächen finden könne und wann man die Versetzung vornehme. Die Versetzung sollte nicht dann ausgeführt werden, wenn man nur einen Teil der Bienenvölker mitnehmen könne, weil der andere Teil noch unterwegs sei.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> räumt ein, dass der Bescheid zu einem unglücklichen Zeitpunkt versandt wurde. Er bemängelt auch die Frist. Zudem hätte man vorab das Gespräch suchen müssen. Zu dem Thema Konkurrenz der Wildbiene zur Honigbiene würde sich auch eine gemeinsame Veranstaltung sowohl mit dem Regierungspräsidium als auch mit der Landesanstalt für Bienenkunde lohnen. Er ist der Meinung, dass man die Leute darauf aufmerksam machen müsse, dass Bienen allgemein geschützt werden müssen. Das Amt für Umweltschutz habe den Auftrag, eine Lösung für die Betroffenen zu finden und besser zu informieren sowie rechtzeitig auf die Betroffenen zuzugehen.</p> <p>Herr <u>Bürgermeister Pätzold</u> gibt zu, dass die Bescheide sich lesen, als ob der Betroffene ein Verbrechen begangen hätte, aber so sei es ganz und gar nicht. Es ginge darum,</p>		
--	--	--	--	--



	<p>Er ist darüber empört, dass man diskutiert habe, die Völkerhaltung um Hohenheim herum stark zu reduzieren, wenn nicht sogar einzustellen. Daraufhin habe sein Chef geäußert, dass die 10 Millionen Euro für den Neubau dann zurückgegeben werden könnten, denn dann wären sie „in den Sand gesetzt“, wenn in</p>	<p>gemeinsam die Bienen zu schützen und zu fördern. Dies sollte so geschehen, dass sich das eine Ziel mit dem anderen verträgt und nicht beseitigt. Er möchte noch Gespräche dazu führen, damit beide Bienenarten in der Stadt ermöglicht werden können, nämlich die Wild- und die Honigbienen.</p> <p>Herr <u>Oberbürgermeister Kuhn</u> hinterfragt, was die Imker nun machen sollen, die den Bescheid mit der Aufforderung bekommen haben, bis zum 07.Mai die Bienen wegzuschaffen. Er möchte wissen, ob sie nun Aufschub hätten.</p> <p>Herr <u>Bürgermeister Pätzold</u> antwortet, dass es seiner Kenntnis nach fünf Betroffene gebe. Drei haben die Bienenkästen schon versetzt oder hatten dort keine mehr. Mit den anderen beiden soll jetzt eine sowohl bienen- als auch bürgerfreundliche Lösung gefunden werden.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> gibt an, davon gehört zu haben. Er führt aus, dass die Wissenschaftler, die sich mit Wildbienen beschäftigen eine Sicht haben, die nur die Wildbienen betreffe. Natürlich mache es keinen Sinn, wenn es in Hohenheim die</p>		<p>Referat StU</p>
--	---	---	--	--------------------

	<p>Hohenheim keine Bienen mehr gehalten werden dürfen. Er glaube, bei den beiden zuständigen Stellen laufe in der Kommunikation einiges schief. Zudem schlägt er vor, dass die Betroffenen rechtzeitig informiert werden.</p>	<p>Landesanstalt für Bienenkunde gebe und gleichzeitig ein Sperrgebiet für Honigbienen entstehe. Aber hieran werde deutlich, wie wichtig eine fächerübergreifende Arbeit sei und ein gelegentlicher Austausch. Dies hätte er seinen Mitarbeitern ebenfalls bereits vermittelt. Es helfe, den Blick zu weiten. Im Bereich selber mag der Tunnelblick hilfreich sein. Dieser trage aber nicht dazu bei, eine gemeinsame Lösung zu finden.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> stellt zusammenfassend fest, dass die Stadt Stuttgart sowohl für Honig-, als auch für Wildbienen sei. Sie sei gesetzlich dazu verpflichtet, die Wildbienen zu schützen. Wenn es zu einem Konflikt komme, dann werde dieser künftig durch ein Gespräch und nicht durch Verordnung gelöst.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> bejaht die Zusammenfassung des Oberbürgermeisters.</p>		
11	<p><b>Thema: Verkehrssituation in der Filderhauptstraße und soziale Strukturen allgemein wie Kita-Plätze</b></p> <p>Eine Mutter berichtet, dass Ihr mittlerweile 4-jähriger Sohn bereits schon zweimal in Plieningen angefahren worden sei. Sie gehe mittlerweile mit Angst durch die</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> stimme der Mutter zu. In den großen Durchgangsstraßen in Plieningen - wie der Filderhauptstraße oder der Echterdinger Straße - herrsche momentan Tempo 50. Dies liege auch daran, dass Busse die Straßen befahren. Es gebe ein</p>		

<p>Straßen. Dies liege nicht daran, dass die Autofahrer chaotisch fahren. Sie meine, es liege an einer fehlenden Verkehrssicherheit. Damit meine sie die abgeflachten Bordsteine bzw. die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 50. Die Autofahrer fahren ihrer Meinung nach schnell auf Parkplätze oder Gehwege und nehmen keine Rücksicht auf Fußgänger oder Radfahrer. Dadurch sei ihr Sohn zweimal angefahren worden.</p> <p>Sie fordere daher, dass das Tempo auf 30 oder 40 heruntergesetzt werde. Es gebe eine Umgehungsstraße an der Messe entlang. Die Autos müssten nicht mehr durch Plieningen durchfahren bei viel Verkehr. Ein Kind sei nun einmal nicht vorausschauend, schon gar nicht, wenn es selbst mit einem Fahrzeug wie einem Roller oder Laufrad unterwegs sei. Wenn ein Auto mit 50 km/h auf ein Kind treffe, habe das Kind kaum eine Chance und die Mutter sei ebenfalls hilflos, vor allem, wenn sie auch noch einen Kinderwagen schiebe. Die Stadt wisse bereits um das Thema und sie kümmere sich auch schon darum. Dennoch sei es ihr ein Anliegen, die Vertreter der Bürger auch nochmals auf dieses Thema anzusprechen. Sie glaube, der Ort würde attraktiver werden, wenn die Autos langsamer fahren würden. Außerdem könne man dann schöner flanieren gehen.</p> <p>Zum Thema Parken sei sie der Auffassung, dass es innerorts aufgrund der Uni kaum ein Problem gebe. Sie meine, es liege zumindest im alten Ortskern an der Messe und dem Flughafen, dass es zu viele</p>	<p>sogenanntes Hauptverkehrsstraßennetz neben vielen Tempo 30-Zonen. Viele Autos würden auch sehr schnell – mit über 50 km/h – fahren. Sie fahren wohl auch schnell über abgesenkte Gehwege. Die Stadt ist gerade dabei mittels baulicher Möglichkeiten oder Schildern dort Ordnung zu schaffen. Es sei richtig, dass es ein Problem gebe, die die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie auch der Kinder beeinträchtige.</p> <p>Nach Rücksprache mit <u>Bürgermeister Pätzold</u> werde gerade geprüft, ob nicht nachts Tempo 30 eingeführt werden könne. Die Verwaltung sei gerade dabei, die Sicherheit in den Straßen in Plieningen, an denen es nicht optimal laufe, zu verbessern. Auch in der Adornostraße müssen Geschwindigkeitsüberwachungen durchgeführt werden. <u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> bekräftigt nochmals, dass er das Problem der Rednerin kenne, was auch über das Bezirksamt kommuniziert wurde.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> fordert <u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> dazu auf, noch etwas präziser zu werden. Ihn interessiert, ob man – rechtlich gesehen – auf den Durchgangsstraßen die Geschwindigkeit senken könne und was passieren würde, wenn man es tun würde.</p>		
--	--	--	--

	<p>Fremdparker gebe.</p> <p>Als zweites gehe es ihr um die sozialen Strukturen, die in Plieningen fehlen würden. Es gebe viel Zuzug. In jede Baulücke würde ein Mehrfamilienhaus gesetzt, aber es fehle an Kindergartenplätzen. Plieningen liege mit über 80 fehlenden Kita-Plätzen an der Spitze in Stuttgart. Es fehle an Alten- und Pflegeheimen. Sie habe das Gefühl, dass die Bürger und Bürgerinnen von Plieningen manchmal vernachlässigt oder belächelt würden. Es wurde ihr auch schon entgegengebracht, dass die Frauen im ländlichen Plieningen gar nicht arbeiten gehen müssten. Dem sei natürlich nicht so, wenn man die Mietpreise betrachte. Somit sei man angewiesen auf gute soziale Strukturen. Man benötige Kita-Plätze ab einem Jahr. Es gebe einen Kindergarten, in dem es 20 Krippenplätze gebe, was sie bezogen auf die Einwohner und Einwohnerinnen lächerlich finde. Es müsse also dringend etwas passieren.</p> <p>Das Carsharing funktioniere im Übrigen sehr gut. Denn ganz viele Eltern müssten ihre Kinder in den nächsten Ort fahren. Es gebe bereits Elterntaxis, die bereits nach Riedenberg, Möhringen, Birkach oder Sillenbuch fahren würden, um ihre Kinder unterzubringen. Hier brauche es schnell eine Lösung, nicht erst in 10 Jahren. In Plieningen gebe es wirklich Handlungsbedarf.</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> erläutert, dass auf den definierten Hauptverkehrsstraßen tagsüber 50 km/h gelte, da es ein Recht der Bürger und Bürgerinnen gebe, zügig von A nach B zu kommen. Aus drei Gründen könne man die 50 km/h innerorts einschränken: aus Sicherheitsgründen, aus Lärmgründen oder aus Gründen der Luftreinhaltung.</p> <p>Aus Lärmgründen ginge eine Temporeduzierung evtl. nachts, bei dem Punkt Sicherheit müssten zuerst andere Alternativen gesucht werden. Man brauche auch einige Straßen, in denen man in Plieningen noch 50 km/h fahren könne. Auf die Frage der Rednerin, die sich nach dem Modell aus Freiburg und Tübingen erkundigt, entgegnet er, dass diese Städte die Temporeduzierung nachts durchgeführt haben; und zwar aus Lärmgesichtspunkten. Es gelte der Grundsatz von 50 km/h innerorts, es sei denn Luft, Lärm oder Sicherheit erfordern ein langsameres Tempo.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> stellt fest, dass es sich doch hier um einen Sicherheitsaspekt handele und fragt nochmals bei <u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> nach. Dieser erklärt, dass zunächst andere Maßnahmen geprüft werden müssten.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> stellt nochmals klar, dass die Straßenverkehrsordnung klare</p>		
--	---	--	--	--

<p>11a</p>	<p><b>Thema: Verkehrssituation in den Hauptverkehrsstraßen</b></p> <p>Anknüpfend an das soeben besprochene Verkehrsthema stellt ein Einwohner die Zwischenfrage, warum in Birkach Tempo 40 auf einer Hauptverkehrsstraße möglich sei, auf der sogar Linienbusverkehr stattfindet.</p>	<p>Grenzen zur Einführung von Tempo 30-Zonen habe. Diese habe Herr <u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> eben ausgeführt. Hier stelle sich eine andere Frage; nämlich die, ob sich die Leute an Tempo 50 halten oder schneller fahren. Dies wäre eine Frage der Verkehrsüberwachung.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> weiß, dass in Stuttgart bereits 80 % der Straßen Tempo 30-Straßen seien. Er habe sich schon oft die Frage gestellt, warum man nicht überall Tempo 30 einführen könne. Die Antwort sei, weil dies den vorhandenen Durchgangsverkehr zusätzlich in Stau bringen würde. In Bezug auf die Feinstaubbelastung sei Stau sehr schlecht. Außerdem könne die SSB ihre Busse dann nicht mehr im bestehenden Takt fahren. Deswegen gebe es die Regelung, in den Wohngebieten herrsche Tempo 30, auf den Vorrangstraßen Tempo 50 und – wenn es bergauf gehe, aus Luftreinigungsgründen Tempo 40, wie es z. B. in der Hohenheimer Straße in der Innenstadt erfolgt sei. Alles andere sei begründungspflichtig und <u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> müsse schauen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gebe. Ansonsten gebe es noch ein großes Problem; nämlich, dass viele schneller fahren als sie dürften. Dagegen helfen nur Überwachung, Kontrolle und Kameras. Dies müsse man evtl. auch in den Außenbezirken inten-</p>		<p>Referat SOS</p>
------------	---	---	--	--------------------

		<p>sivieren.</p> <p>Der Frage mit Tempo 40 in Birkach soll <u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> nachgehen und über Bezirksvorsteherin Lindel eine Antwort übersenden.</p>		
12	<p><b><u>Thema: Sanierung Schultoiletten</u></b></p> <p>Eine Einwohnerin bittet darum, dass die Schultoiletten öfters und intensiver bereinigt werden. Die Stadt Stuttgart sei für die Einrichtung von Ganztagessschulen. Die Toiletten würden in einer Ganztagessschule stärker frequentiert und die Schülerzahlen seien auch gestiegen. Aktuell habe die Schule 550 Schülerinnen und Schüler und fast 100 Erwachsene, die an der Schule arbeiten.</p> <p>Die Toilettenanlagen würden stinken und Kinder würden nicht gerne in der Schule auf die Toilette gehen.</p> <p>Das Putzpersonal putze so gut wie es kann in der vorgegebenen Zeit, diese sei allerdings viel zu kurz, und auch nicht häufig genug. Auch die Fugen müssten öfters gereinigt werden.</p> <p>Sie spreche in dieser Angelegenheit nicht nur für die Körschtalschule, sondern für viele Stuttgarter Schulen.</p>	<p><u>Bürgermeisterin Fezer</u> erklärt, dass das Thema sei bei den regelmäßigen Besprechungen mit dem Schulverwaltungsamt längst auf der Tagesordnung. Die Sanierung von Schul-WCs könne nicht immer so schnell erfolgen wie gewünscht. Umso wichtiger sei es, dass die Toiletten richtig gereinigt würden.</p> <p>Hier gehe es vor allem um die Intensivreinigung. Denn selbst bei frisch sanierten Toiletten würden Geruchsbelästigungen auftreten, wenn die Fugen nicht gründlich gereinigt würden. Intensivreinigungen würden in den Ferienzeiten gemacht.</p> <p>Auch in den Pfingstferien würden wieder Intensivreinigungen an den Schulen durchgeführt, ob bei allen, könne <u>Bürgermeisterin Fezer</u> nicht sagen.</p>	X	

<p><b>13</b></p>	<p><u>Thema:</u> <b>Verkehrssituation Paracelsusstraße</b></p> <p>Eine Einwohnerin teilt mit, dass sie sich in der Paracelsusstraße Sorgen um die Sicherheit der Kinder auf ihrem Weg zur Schule mache. Sie rufe alle zwei Wochen bei der Polizei an, u.a. weil im Kurvenbereich geparkt werde.</p> <p>Das Problem habe sich durch den Bau des Regenüberlaufbeckens verschärft. Im Zuge dessen wurde die Fahrbahn bei der Einmündung Perlgrasweg verengt. Im Bereich der Paracelsusstraße 26 würden nun keine zwei Autos mehr aneinander vorbei passen. Die Autofahrer würden einfach über den abgesenkten Bordstein fahren statt zu warten und würden so die Kinder auf dem Gehweg gefährden. Dabei sollte es gefördert werden, dass Kinder in die Schule laufen.</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> bedankt sich für diesen wichtigen Hinweis. Er sei in dieser Sache schon mit Frau Lindel und dem Bezirksbeirat im Gespräch und es werde derzeit geprüft, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten.</p>	<p>X</p>	
<p><b>14</b></p>	<p><u>Thema:</u> <b>Verkehrssituation Windhalmweg</b></p> <p>Ein Einwohner bestätigt die Beobachtungen der Vordnerin. Besonders morgens gebe es einen großen Eltern-Bring-Verkehr, der die anderen Kinder, die zu Fuß unterwegs sind, in Gefahr bringe. Er schlägt vor den Windhalmweg als Spielstraße auszuweisen, um den Schleichverkehr zu unterbinden und die Schüler zu schützen.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> antwortet, dass dieses Thema mit den Schulen und mit den Eltern diskutiert werden müsse. Die Eltern täten ihren Kindern keinen Gefallen, wenn Schulweg „Eltern-Taxi“ heiße. Und man müsse früh damit anfangen, dass Kinder selbstständig oder falls sie noch zu klein sind, in Begleitung, zu Fuß oder mit dem Fahrrad die Schule erreichen.</p>	<p>X</p>	

		Die Botschaft an die Schulen müsste sein, macht Diskussionen und Pläne, wie mehr Kinder selbstständig und sicher zur Schule kommen können.		
15	<p><u>Thema: DSGVO</u></p> <p>Ein Einwohner spricht die Datenschutzgrundverordnung an, die am 25. Mai 2018 in Kraft tritt. Er möchte gerne wissen, mit welchen Kontrollen und Maßnahmen die Gewerbetreibenden durch die Aufsichtsbehörde zu rechnen haben. Können die Gewerbetreibenden mit einer Zusammenarbeit rechnen oder werde mehr auf Kontrolle und Strafe gesetzt?</p>	<u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> erklärt, dass die Gewerbetreibenden selbstverständlich mit einer Zusammenarbeit rechnen können. Sein Vorschlag sei, die Betroffenen bei einer Infoveranstaltung über die DSGVO aufzuklären.		<p>BM Dr. Schairer</p> <p>- Infoveranstaltung</p>
16	<p><u>Thema: Parksituation Hochstattstraße, Straßenbeleuchtung Hochstattstr. 12, Filderhauptstraße</u></p> <p>Eine Einwohnerin spricht ebenfalls die Parkplatzsituation in Plieningen an. Sie wohne in einer Sackgasse und es käme häufig vor, dass die Müllabfuhr nicht weit genug in die Straße einfahren könne, um alle Mülleimer zu leeren, weil parkende Autos im Weg stehen.</p> <p>Außerdem wäre die Straßenbeleuchtung erneuert worden, und seitdem sei es auch nachts sehr hell. Sie könne sogar nachts in ihrem Garten arbeiten. Sie weist darauf hin, dass es nicht gut für die Natur sei, die Natur komme aus dem Takt. Sie fragt, wie lange</p>	<u>Bürgermeister Thürnau</u> erklärt, dass auch für die Müllabfuhr die Straße so freigehalten werden müsse wie für Rettungsfahrzeuge. Er kenne die Problematik gut, weil er selber auch in einer Sackgasse wohne. Und eigentlich dürfe die Müllabfuhr ohne Einweisung und Warnsignal in der öffentlichen Straße gar nicht zurückstoßen. Eigentlich dürfen die Müllfahrzeuge gar nicht erst reinfahren, das sei arbeitsrechtlich so geregelt. In den meisten Fällen bemühten sich die Mitarbeiter auch in sehr engen Bereichen durchzukommen. Auch hier muss man prüfen, wie man mit dem Thema Parken in Zukunft umgehe.		<p>BM Thürnau</p> <p>- Überprüfung Straßenbeleuchtung</p>



	<p>das noch sein müsse.</p> <p>Außerdem kritisiert sie die abgesenkten Bordsteine in der Filderhauptstraße, weil die Verkehrssicherheit für die Fußgänger dadurch abgenommen habe. Die Diskussionen um die Einführung einer Tempo 30 Zone oder Tempo 40 Zone verstehe sie nicht.</p> <p>Die Autofahrer würden den Gehweg überfahren, um zu parken. Sie würden bis zur Hauswand fahren und sich dann in den Parkplatz rangieren. Fußgänger würden auf dem Gehweg angehupt, wenn Autofahrer den direkten Weg über den Gehweg nehmen wollten. Busse und LKW würden knapp am Gehweg entlangfahren, auf dem Kinder unterwegs seien.</p> <p>Sie möchte wissen, ob es Richtlinien gibt, dass das Tempo reduziert werden muss, wenn die Bordsteine abgesenkt sind.</p>	<p><u>Bürgermeister Thürnau</u> erklärt weiter, dass derzeit im gesamten Stadtgebiet von Natriumampflampen auf LED-Beleuchtung umgestellt werde. Diese habe zwei Vorteile: sie sei günstiger und man könne sie regeln. Deshalb werde in diesem Fall nochmal geprüft und ggfs. die Stärke der Beleuchtung gedimmt. Außerdem ist die LED-Beleuchtung weniger schädlich für die Insekten, weil sie das Licht nicht so stark streut.</p> <p>Zum Thema abgesenkte Bordsteine schlägt <u>Bürgermeister Thürnau</u> vor, sich die Gegebenheiten nochmal genau anzuschauen. In der Regel werden Bordsteine dort abgesenkt, wo Fußgänger die Fahrbahn queren, um Rollstuhlfahrern und Kinderwagen den Weg zu erleichtern.</p> <p>Die Situation früher mit den hohen Bordsteinen habe dazu geführt, dass die Kreuzungsbereiche für alle Verkehrsteilnehmer besser erkennbar waren. Die abgesenkten Bordsteine erleichtern Rollstuhlfahrern und Fahrradfahrern das Queren der Straße. Die Autofahrer müssen besser sensibilisiert werden.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> bekräftigt nochmal, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt seien und aufeinander Rücksicht nehmen müssen.</p>		
--	--	--	--	--

		<u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> sagt zu, sich die Situation mit den abgesenkten Bordsteinen bei einer maximalen Durchfahrtsgeschwindigkeit von 50 km/h vor Ort anzuschauen.		BM Dr. Schairer - Ortstermin
17	<p><u>Thema: Verkehrssituation Filderhauptstraße</u></p> <p>Eine Einwohnerin möchte gerne wissen, warum in Birkach eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h und in Scharnhausen auf 30 km/h in der Ortsdurchfahrt möglich ist, in Plieningen aber abgelehnt werde.</p> <p>Ihrer Ansicht nach fahren die Autos häufig zu schnell durch die Filderhauptstraße und eine Abgrenzung zur Fahrbahn gibt es nur in einzelnen Bereichen. Außerdem würden viele Fahrradfahrer auf den Gehweg ausweichen, sie vermutet aus Sicherheitsgründen. Sie vermisst insbesondere eine Abgrenzung auf der Seite der Kindertageseinrichtung „Hohenheimer Zwerge“ in der Filderhauptstraße 89 zum Schutz der Kinder.</p>	<u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> wiederholt seine Zusage, sich die Gegebenheiten in der Filderhauptstraße persönlich anzuschauen.		BM Dr. Schairer - Ortstermin
18	<p><u>Thema: Parksituation Entenäcker, Kinderbetreuung</u></p> <p>Eine Einwohnerin ergänzt, dass auch in den Entenäckern, wo sie mit ihrem Betrieb ansässig sei, große Probleme mit Parkplätzen gebe. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass der Streifendienst der Polizei nicht komme, wenn man ihn anrufe, oder erst nach</p>	<u>Bürgermeisterin Fezer</u> erklärt, dass Plieningen tatsächlich eine große Unterdeckung habe. Die Anstrengungen für Plieningen seien genauso hoch wie für andere Stadtbezirke. Derzeit sei der Ausbau der Einrichtung Körschstraße von einer 2-gruppigen in eine 6-gruppige geplant. Die Planungen müssten allerdings nochmal überarbeitet werden.	X	

	<p>Stunden. Sie habe Bereitschaftsdienste, die innerhalb einer Stunde am Einsatzort sein müssen, deshalb habe sie den Abschleppdienst schon selber bestellt und bezahlt, um überhaupt aus ihrer Ausfahrt rauszukommen. Sie lädt BM Dr. Schairer auch in die Entenacker ein.</p> <p>Im Anschluss daran spricht sie noch die Kindertagesituation in Plieningen an. Die Diskussion mit der Bezirksverwaltung und dem Jugendamt ziehe sich schon 1,5 Jahre. Plieningen sei stadtweit das Schlusslicht, was die Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen betrifft. Kinder würden morgens in andere Stadtbezirke gefahren oder Geschwisterkinder seien in unterschiedlichen Einrichtung untergebracht.</p> <p>Sie bittet die Stadt, mehr Geld in die Hand zu nehmen, um die Versorgung zu verbessern.</p>	<p>Der Mangel an Erzieherinnen sei ein bundesweites Problem. Stuttgart habe verschiedene Maßnahmen ergriffen, um Personal zu gewinnen. Der gesamte Gemeinderat unterstütze dies. Es hänge allerdings nicht am Geld. Auch andere Berufsgruppen in der Stadt bräuchten einen Zuschlag, um leichter bezahlbaren Wohnraum zu finden.</p> <p>Die Stadt möchte in Zukunft mehr nach dem PIA (Praxis-integrierte-Ausbildung)-Modell ausbilden. Bei diesem Modell verdienen die Erzieherinnen schon in der Ausbildung Geld. Dadurch werde der Beruf attraktiver und es würden mehr Menschen, auch ältere, in diesen Beruf einsteigen.</p>		
19	<p><b>Thema: Fußgängerüberweg Osumstraße / Steckfeldstraße</b></p> <p>Eine Einwohnerin möchte gerne, dass in der Osumstraße/Ecke Steckfeldstraße ein Fußgängerüberweg eingerichtet wird, um die Verkehrssicherheit für die Kinder zu verbessern. Sie hat gemeinsam mit dem Elternbeirat des Kindergartens Osumstraße 119 Unterschriften gesammelt und überreicht diese Bürgermeister Dr. Schairer.</p>	<p>Bürgermeister Dr. Schairer nimmt die Unterschriften entgegen.</p>	X	

	<p>Sie sei frustriert, weil ihr Anliegen im Online-Verfahren einfach „abgeschmettert“ wurde, weil es sich um eine Tempo 30 Zone handele.</p>			
20	<p><b>Thema: Wochenmarkt</b></p> <p>Eine Einwohnerin erklärt, sie vermisse einen Bioladen oder Wochenmarkt in Plieningen, um auch vor Ort gesund einkaufen zu können.</p> <p>Sie wisse, dass es in der Vergangenheit einen Wochenmarkt gegeben habe, der nicht funktioniert habe, aber vielleicht würde es jetzt besser angenommen werden. Außerdem biete ein Markt auch die Möglichkeit soziale Kontakte zu pflegen. Aus ihrer Sicht eigne sich der Mönchhof dafür gut.</p> <p>Sie wünscht sich die Unterstützung der Stadt in dieser Angelegenheit.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn antwortet, dass ihm wichtig sei, dass in der ganzen Stadt eine gute Infrastruktur vorhanden sei. Für einen Markt brauche es einen geeigneten Platz und Händler.</p> <p>Die Stadt habe viel Erfahrung mit diesem Thema und in manchen Stadtbezirken wie Uhlbach habe es funktioniert einen neuen Markt zu etablieren, in anderen nicht. Bisher gebe es für Plieningen die Einschätzung der Wirtschaftsförderung, dass es nicht funktionieren würde.</p> <p>Er bietet an, das Anliegen mitzunehmen und eine schriftliche Antwort nachzureichen.</p> <p>Bezirksvorsteherin Lindel ergänzt, dass die Wirtschaftsförderung den Standort Mönchhof aufgrund der Randlage als schwierig einschätze. Eine Alternative wäre ein Markt in der Filderhauptstraße bei der Einmündung Halfgarten. Allerdings sei dies auch der Schulweg, deshalb könnte der Markt nur stattfinden, wenn keine Schulkinder unterwegs seien. Für Freitagnachmittag und</p>		OB Kuhn

		Samstagvormittag wären leider keine Marktbesucher gefunden worden. Zudem halte „Märkte Stuttgart“ die Besucherfrequenz für zu gering.		
21	<p><b><u>Thema: Mehr Tempo 30 und mehr Parkplätze</u></b></p> <p>Ein Einwohner spricht nochmal das Thema Verkehr an. Er verstehe nicht, warum die Stadt nicht mehr Tempo 30 Zonen einrichte bzw. warum nicht mehr Parkplätze geschaffen werden. Aus seiner Sicht sei es schwierig die Autofahrer zu sensibilisieren, weil viel Durchgangsverkehr von der Autobahn, von der Messe und vom Flughafen erzeugt werde.</p> <p>Das Parkplatzmanagement der Universität werde dafür sorgen, dass noch mehr Studierende in Plieningen parken. Deshalb müsse Plieningen darauf reagieren.</p>	Oberbürgermeister Kuhn sagt, dass die Probleme angekommen seien.	X	
22	<p><b><u>Thema: Kinderbetreuung</u></b></p> <p>Ein Einwohner erklärt nochmal, dass die Kita-Situation in Plieningen dramatisch sei. Er habe seine Kinder mangels städtischer Alternativen in einer privaten Einrichtung in Plieningen untergebracht. Die Betreuungskosten in dieser Einrichtung sind sehr hoch und betragen pro Kind 700 Euro/Monat.</p> <p>Es bestehe ein dringender Handlungsbedarf, um die Situation schnell für die Familien zu verbessern.</p>	Oberbürgermeister Kuhn bestätigt, dass die Botschaft angekommen sei. Es gebe zum einen zu viel Verkehr und zum anderen zu wenig Kita-Plätze.	X	

Oberbürgermeister Kuhn fasst abschließend zusammen, dass eine klare Botschaft in der Einwohnerversammlung an ihn selbst und die Bürgermeister gesendet wurde. Es gebe zu viel Autoverkehr in Plieningen und zu wenig Kita-Plätze. Diese eindeutige Botschaft nehme er mit und die Gemeinderatsfraktionen, die heute vertreten seien, ebenfalls. Dies seien die Dinge, die die Plieningeringinnen und Plieningeringer stören oder wo sie Veränderungen wünschen.

Er bedankt sich zum Ende bei allen, die gekommen seien, die aktiv teilgenommen hätten und die ausgeharrt hätten. Er wünsche einen guten Heimweg und schließe damit die Versammlung.

Stuttgart, 18. Mai 2018

Schriftführerinnen